

An die
Wirtschaftskammer Niederösterreich
Herrn Präsidenten KommR Wolfgang Ecker
Wirtschaftskammer-Platz 1
3100 St. Pölten

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich
am 11. Mai 2022

Liefer- und Geschäftsbedingungen von öffentlichen Auftraggebern für EPU und KMU fair gestalten

Für viele Einpersonenernehmen, kleine und mittlere Betriebe sind Aufträge von Unternehmen der öffentlichen Hand ein wesentlicher Teil ihrer Tätigkeit. Sie stehen jedoch immer öfter vor dem Problem, dass sie dafür Geschäfts- und Lieferbedingungen akzeptieren müssen, die für sie ein sehr hohes Risiko bedeuten.

In diesen Geschäfts- und Lieferbedingungen wird geregelt, unter welchen Bedingungen die UnternehmerInnen Produkte liefern und Dienstleistungen erbringen müssen. Einpersonener- und KleinunternehmerInnen finden hier oft eine Situation vor, die nicht gerade partnerschaftlich ist und sie überfordert, weil Geschäfts- und Lieferbedingungen von Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand allzu häufig überzogene Klauseln enthalten.

Manche dieser vorgegebenen Klauseln in Lieferverträgen und anderen allgemeinen Geschäftsbedingungen lassen Unternehmerinnen und Unternehmer oft nur die Wahl, einen Vertrag abzuschließen, der ihnen ein hohes Risiko abverlangt, oder auf einen Auftrag zu verzichten. Es geht daher um mehr Verantwortung der öffentlichen Hand, nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber den privaten Unternehmen, speziell kleinen und mittleren Betrieben.

Beispiel: Enge Lieferfristen oder hohe Pönalzahlungen bei Lieferverzögerungen (für die das beauftragte Unternehmen oft nichts kann, wenn zB eine rechtzeitig bestellte Ware beim Hersteller zum festgelegten Zeitpunkt plötzlich für den beauftragten Betrieb nicht in der erforderlichen Menge vorhanden ist) bzw. die Möglichkeit, dass ein öffentlicher Auftraggeber bei geringfügigen Lieferverzögerungen vom Auftrag zurücktritt, bedeuten gerade für kleine Unternehmen ein großes Risiko und erheblichen Druck. Derartige Geschäfts- und Lieferbedingungen stellen für EPU und KMU ein gravierendes Problem und letztendlich einen ungerechtfertigten Nachteil im Wettbewerb mit großen Anbietern dar.

Der Wirtschaftsverband NÖ stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer NÖ soll sich selbst sowie gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich dafür einsetzen, dass die Geschäfts- und Lieferbedingungen von öffentlichen Auftraggebern, denen Zulieferer und Geschäftspartner für den Erhalt eines Auftrags zustimmen müssen, für Einpersonenunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen fair gestaltet und machbar sind. Diese Geschäfts- und Lieferbedingungen sollen keine unverhältnismäßigen und weitreichenden Auflagen und Haftungen enthalten, die für EPU und KMU nicht erfüllbar sind und für sie ein hohes Risiko enthalten.

Dafür sollte auch eine juristische Beratung durch die WKNÖ eingerichtet werden, die EPU und KMU vor einem Vertragsabschluss in Anspruch nehmen können.